

Die SPD in der Existenzkrise

Von der Abspaltung bedroht

Norbert Seitz

Wenn gar nichts mehr geht, sind es die Medien gewesen. 1984 entstand zu Zeiten der Flick-Spendenaffäre der Schmähbegriff vom „Kloakenjournalismus“, der seitdem schon in allen Parteien die Runde machte. Und zwar immer dann, wenn zyklisch wiederkehrend darüber Klage geführt wurde, die tatsächliche Lage, wie sie die Politiker gern sehen möchten, sei besser als die von den Medien angeblich verbreitete Stimmung.

Im vergangenen Jahr stellte sogar der frühere TV-Korrespondent Gerhard Hofmann in einer akribisch zusammengestellten Artikeldokumentation die Berliner Hauptstadtjournaille unter einen kaum verhüllten Konspirationsverdacht, Rot-Grün 2005 konzertant von der Macht weggeschrieben zu haben.

Nunmehr ist von einem „Rudeljournalismus“ gegen den glücklos agierenden SPD-Vorsitzenden Kurt Beck die Rede. Gleichzeitig versucht der Betroffene, seine Partei per Autosuggestion aus dem demoskopischen Tal zu holen, getreu der Hoffnung, die nachtretende Journaille werde sich schon wieder einkriegen. Tatsächlich ist die schreibende Zunft eher gierig auf ein bevorstehendes, symbolisch höchst relevantes Datum: dass die linke Traditionspartei SPD erstmals an Mitgliedern hinter die bürgerliche Konkurrenz von der CDU zurückfallen wird. Dies wäre in der Tat eine Zäsur in der Geschichte der bundesdeutschen Parteilandschaft und würde den Volksparteienstatus der einst über eine Million Mit-

glieder verfügenden SPD empfindlich infrage stellen.

Die Partei steckt in der größten Existenzkrise seit ihrer Wiederbegründung 1946 durch Kurt Schumacher in Hannover. *Vier Ereignisse haben das Fass zum Überlaufen gebracht:*

Erstens: Fehlschlag Hamburger Parteitag

Der Hamburger Jubelparteitag vom Oktober 2007 sollte sich als gigantischer Fehlschlag herausstellen. Außer sentimental Wohlfühlstimmung vor Ort hat er nichts Positives zutage gefördert – weder programmatisch noch strategisch, geschweige denn von der Außenwirkung. Die Negativbilanz seit Hamburg sieht derzeit so aus, dass die Partei mit ihrem Linksschwenk noch erbarmungs würdiger unter die 30-Prozent-Marke geriet als unter Kanzler Schröder in der Hochphase des Protestes gegen dessen Agenda 2010.

Kurzzeitig schien die Stimmung in der Partei nach Hamburg hoffnungs froh zu sein, getragen von einer sozialpopulistischen Großwetterlage, die schlüssig gestrickte Unterschichtenwahlkämpfe wie im Februar in Hessen ermöglichte. Mit der Teilrevision der Hartz-Gesetze bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes hat die gewendete Partei den Vormarsch der Partei Die Linke in die westdeutschen Landesparlamente von Wiesbaden, Hannover und Hamburg aber nicht verhindern können. Becks Erfolg im persönlichen Duell über seinen Vizekanzler

Müntefering verwandelte sich rasch in einen Pyrrhussieg, der die Partei bis dato teuer zu stehen kommt.

Zweitens:

Fluchtbewegung statt Sympathiewelle

Die vorübergehende Freigabe von rot-roten Landesbündnissen wie das überstürzte Vorgehen der euphorisierten Hessen-SPD unter Andrea Ypsilanti hat eine Fluchtbewegung aufseiten vieler traditioneller Sozialdemokraten und Wähler der bürgerlichen Mitte ausgelöst. Dass Mehrheiten nur in der Mitte und nicht allein im Prekariat mit Mindestlohnkampagnen zu holen sind, gilt in der aufgewühlten Partei nur noch als neoliberaler Teufelsparole zur Identitätsausreibung. Die Partei strich den Begriff der „neuen Mitte“, den sie schon Anfang der 70er-Jahre ihrem gloriosen Wahlsieger Willy Brandt nicht abgenommen hatte, und setzt stattdessen auf die flache Parole von der „solidarischen Mehrheit“. Gleichzeitig tut man alles, die „neue Mitte“ soziologisch oder demoskopisch wegzudefinieren, um es für redundant zu halten, sie weiterhin zu umwerben.

In der Wahlnacht von Wiesbaden bekannte der Landesgeschäftsführer der Hessen-SPD, Norbert Schmitt, gerührt, die Kampagne seiner begeisterungsfähigen Spitzenkandidatin habe ihn an den legendären „Willy,Willy“-Wahlkampf von 1972 erinnert. Einige Parteilinke scheinen mit solch schiefen Vergleichen jedes Maß verloren zu haben. Dies gilt ebenso für den soziologischen Etikettenschwindel à la Ypsilanti, ihrem knüppelharten sozialpolitischen Strukturkonservatismus bei der Durchsetzung von Mindestlöhnen und Verhinderung von Studiengebühren jenen wohlklingenden Titel der „sozialen Moderne“ überzustülpen, für den Anthony Giddens, Peter Glotz oder Bodo Hombach einst zukunftsoffene Konzepte vorgelegt haben.

Drittens:

Inquisition statt Identität

Das Bild sprach Bände, als im Frühjahr auf dem Cover der *Frankfurter Allgemeinen* drei traurige Männergestalten von der Bochumer SPD-Basis zu sehen waren, denen ein gequältes Grinsen über die bärigen Gesichter ging. Sie waren gerade dabei, das Parteiordnungsverfahren gegen ihren früheren Ministerpräsidenten Wolfgang Clement einzutüten. Ein triumphierendes Lächeln sieht anders aus. Wo wenig Identität ist, ist meist viel Inquisition. Und wo die äußere Reputation Not leidet, feiert die interne Repression bürokratische Exzesse.

In Hessen trat Ministerkandidat Hermann Scheer gegen die Abweichlerin Dagmar Metzger wie ein peitschenschwingender Menschenverfolger auf. Der sozialökologische „Alternativpapst“ rastete aus, weil er sich um seine voraussichtlich letzte Weltbeglückungschance gebracht sah. Der Vorgang ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Denn seit Monaten gehört das Stigma vom „Geisterfahrer“ zum inquisitorischen Umgangston in SPD-Milieus gegen grundsatztreue Abweichler und couragierte Querköpfe.

Das Parteiordnungsverfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Wolfgang Clement hat nicht nur diebische Freude aufseiten der notorischen Schröder-Gegner, sondern auch bei Kritikern blankes Entsetzen hervorgerufen. Denn es war der verheerende Eindruck entstanden, dass der jahrzehntelang erprobte Parteisoldat Clement nicht nur wegen seiner gewiss kaum hilfreichen Wahlkampfäußerungen sondern auch wegen seiner „Mittäterschaft“ bei der Agenda 2010 gleichsam stellvertretend für die Schröder-SPD weggesäubert werden sollte.

Widerstand ist derzeit nur aus dem prominenten Ruhestand zu vernehmen – von Klaus von Dohnanyi, Manfred Lahnstein, Richard Schröder, Klaus Bölling et cetera. Beeindrucken lassen sich die nach

vorn preschenden Parteilinken Klaus Wowereit oder Andrea Nahles, Hessens gescheiterter Schattenminister Scheer oder der Kieler Landeschef Stegner dadurch nicht. Eher müssen sich die besorgten „Oldies“ vorhalten lassen, die Zeichen der „mit uns ziehenden neuen Zeit“ nicht erkannt zu haben, mit einer angeblich strukturellen linken Mehrheit gegen die brutalen Niederschläge eines globalisierten Kapitalismus vorzugehen.

Viertens: Schwindende Koalitionsperspektiven

Vor ein paar Jahren noch konnte sich die Sozialdemokratie glücklich schätzen, mehrere Koalitionsoptionen auf Lager zu haben, um damit – auch inhaltlich – flexibler als der politische Gegner zu sein. Seit dem jüngsten Desaster von Wiesbaden und der Bildung eines ersten schwarz-grünen Landesbündnisses an der Alster haben sich die koalitionspolitischen Chancen für die SPD dramatisch verschlechtert. Die Garde der Alt-Judos um Schröder, Scharping, Lafontaine oder Wieczorek-Zeul glaubte die Grünen immer wie eine Art nicht eheliches Kind der einstigen „Betonpolitik“ Helmut Schmidts behandeln zu dürfen. In der grünen Partei sitzt darob bei vielen Funktionsträgern – von Fritz Kuhn bis Krista Sager – der Ärger tief über den mitunter herablassenden Umgang während der Regierungsära von Schröder und Fischer. Letzterer, das rot-grüne Urgestein, sieht seine Partei für 2009 nur noch vor die Alternative „Jamaika oder Opposition?“ gestellt. Die heutige SPD kommt in seinen Spekulationen offenbar nicht mehr vor.

Und die Große Koalition? Die Doppelstrategie, Regierung und Opposition gleichzeitig spielen zu wollen, offenbart sich zusehends als administratives Ärgernis. Die Partei darf ihre Erfolge in der Regierung nicht zugeben, weil die Linke diesem ungeliebten Bündnis keine Schnitte gönnt. Selten ist eine Partei fahrlässiger

mit den eigenen Regierungserfolgen und tüchtigen Ministern umgesprungen. Als intern befriedigend wird nur noch nervenaufreibend Nachverhandeltes und der Union Abgetrotztes und nicht das ursprünglich gemeinsam Vereinbarte und Durchgesetzte gewertet. Und eine „Appel“ mit der nach links gewendeten Sozialdemokratie mag sich momentan kaum noch jemand vorstellen.

Bliebe nur noch Rot-Rot als quasi eiserne Koalitionsreserve – das Modell Wowereit. Für die nahe Zukunft 2008/2009 stehen vier Landesparteien auf dem Sprung, um den Tabubruch in eine normale Koalitionsangelegenheit zu verwandeln. Während in Hessen und Brandenburg schon die Uhr tickt, scheint in Thüringen und an der Saar sogar die Bereitschaft zu bestehen, sich der prozentual stärkeren Linken als Juniorpartner anzudienen.

Geistige Grundlagen

Fast ein Jahrzehnt brauchte die SPD, um ihr neues Parteiprogramm zu verabschieden. Die Partei pflegt sich die Länge von Entscheidungsprozessen als Ausdruck der parteiinternen Diskursfreudigkeit schönzureden. Beim neuen Hamburger Programm kamen am Ende an Nennenswertem der Verlust der Modernisierer und ein toter Symbolismus um den verstaubten und spätestens seit 1989 nicht mehr kommunizierbaren Begriff des demokratischen Sozialismus heraus, den man der Partei der Linken nicht länger allein überlassen möchte.

Doch wie sieht die intellektuelle Alternative aus? Am Topos der „Sozialen Demokratie“ wird das geistige Elend der Partei erst recht deutlich, täuscht er doch nur einen Modernisierungstitel als visionäre Alternative zum Ladenhüter des demokratischen Sozialismus vor. Ihre Propagandisten sind aber genauso staatsfromm und verstehen unter „Sozialer Demokratie“ zum Beispiel die Einrichtung

eines „Weltsicherheitsrates für Sozial- und Wirtschaftspolitik“ (!). Was aber sollte ein solch zentralistisches Monster beschließen? Blauhelmeinsätze gegen Niedrigsteuerländer? Soll die Kripo künftig Unternehmer in Vorbeugehaft nehmen dürfen, wenn sie den Kündigungsschutz zu lockern sich anschicken?

Kein Wunder, dass nach solcher Logik trillerpfeifende Hartz-IV-Empfänger schon zu Freiheitskämpfern à la '89 geadtelt werden. Das vorne großgeschriebene Ziel der „Sozialen Demokratie“ drückt aber keine überschießende Utopie aus; sie stellt nur eine abschreckende *Law-and-order*-Variante zum bereits bestehenden Sozialstaat dar. Dahinter verbirgt sich die nahezu vollständige Reduktion des eigenen Freiheitsverständnisses auf die sogenannte „soziale Freiheit“, wie sie im Sinne von Teilhabegerechtigkeit verstanden wird.

So droht aber die Partei zu einem spießigen Gerechtigkeits- und verantwortungsimperialistischen Verbotsverein zu regredieren, der etatistische Urständ feiert gegen alle Übel der Welt, ohne seiner eigentlichen Kernaufgabe, eine neue Arbeits- und Sozialordnung zu schaffen, gerecht zu werden.

Hinzu kommt, dass die Partei wie die Linke insgesamt das Monopol beim Thema Menschenrechte preisgegeben hat. In verschärften Zeiten der Globalisierung dürfen genehme autoritäre Regime und Linksdiktaturen – fernöstlicher oder lateinamerikanischer Provenienz – längst mit gnädig relativierender Beurteilung rechnen.

Wer schützt die altehrwürdige und diktaturresistente deutsche Sozialdemokratie vor solchen Siebzigerjahre-Propheten?

Düstere Aussichten

In der Partei gibt es offenbar kein Halten mehr. Der unterlegene Hamburger Spitzenkandidat Michael Naumann ent-

ledigte sich ebenso rasch seines gerade erworbenen Hamburger Bürgerschaftsmandates, wie er im Gegenzug als zurückgekehrter *Zeit*-Herausgeber eine Kampagne für Frank-Walter Steinmeier und gegen seinen Parteichef Beck um die Kanzlerkandidatur lostreten ließ.

Solche windigen Manöver werfen gleichzeitig ein bedenkliches Licht auf Glaubwürdigkeit und Gewicht der Beck-Kritiker an der Parteispitze. Viel haben sie nicht zu bieten, vor allem kaum Fußvolk. Peer Steinbrück traut sich kaum aus der Deckung, Frank-Walter Steinmeier geht zumeist im Ausland auf Tauchstation, und Sigmar Gabriel befindet sich im Wartestand des potenziellen Kriegsgewinnlers. Keiner der möglichen Gegner und versteckten Strategiekritiker Becks im Präsidium hat die Statur, ihm öffentlich wirksam zu widersprechen und dabei mit einer breiten Gefolgschaft rechnen zu können. Denn die Parteichef-SPD im Willy-Brandt-Haus hat die tüchtige Minister-SPD um Steinmeier und Steinbrück längst in die Knie gezwungen. Die „Stones“ im Kabinett dürfen auf internationalem Parkett eine gute Visitenkarte abgeben – die Fahne der desolaten Partei zu schwingen, traut man ihnen jedoch nicht zu.

Ein plötzlicher Abgang Kurt Becks von der Berliner Bühne scheint eher unwahrscheinlich. Dagegen steht die jüngste Parteigeschichte – das Horrorevent von Lafontaines Generalhinschmiss anno '99 wie die peinlich kurzen Amtszeiten der Amtsvorgänger Müntefering und Platzek. So möchte der leidgeprüfte Pfälzer nicht enden, auch wenn für ihn die Trauben der ersehnten Kanzlerschaft noch so unerreichbar hoch hängen mögen. Beck ist gewiss eine bedauernswerte Figur, weil er sein hohes Glaubwürdigkeitspotenzial zur Rettung der Post-Schröder-SPD einsetzte und dabei ins Straucheln geriet. Die Partei hat damit ein wichtiges Pfund verspielt. Viel mehr hat sie personal nicht zu bieten.

Für die Mehrheitslinke in der SPD stellt sich für 2009 nur die Alternative, mit Steinmeier weiter an der Regierung einer Großen Koalition zu darben oder ohne Beck und Steinmeier endlich in die Opposition gehen zu können, um dort wieder an einer längerfristigen linken Mehrheitsperspektive zu arbeiten – das heißt einem Linksbündnis sowie einer überwindbaren Spaltung und Versöhnung der Gesamtlinken jenseits von Lafontaine. Nach einer Wahlniederlage des Kanzlerkandidaten Steinmeier ist wohl mit einer personellen Machtaufteilung zwischen der Linken Andrea Nahles und dem Rechtsopportunisten Sigmar Gabriel zu rechnen.

Sollte sich jedoch Landeschef Heiko Maas an der Saar als Juniorpartner von Lafontaine in einem rot-roten Mehrheitsbündnis nach Peter Müllers absoluter Mehrheit zur Verfügung stellen, statt in eine Große Koalition zu gehen, wäre der *Worst Case*, das Auseinanderkrachen der Gesamtpartei, kaum mehr aufzuhalten – mit der Konsequenz einer weiteren Parteibspaltung, diesmal vonseiten der sozialliberalen oder liberaldemokratischen Anhänger Schröders. Man denke im historischen Vergleich nur an David Owens sozialliberale Abspaltung von Labour in den 70er-Jahren.

Die Schwan-Kampagne als Rettungsimpuls

Doch davor sei noch die ehrgeizige Kandidatin für das höchste Staatsamt, Gesine Schwan, die nur mit den Stimmen der Linkspartei zur Bundespräsidentin gewählt werden kann, wenn man davon ausgeht, dass Union und Liberale relativ geschlossen den Amtsinhaber Horst Köhler bestätigen dürften. Die SPD befindet sich aber derzeit noch im Verhältnis zur Linken in einem unauflöslichen Knäuel. Durch geforderte Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Abgrenzungspapiere und öffentliche Distanzierungsrituale dürfte die

Partei Die Linke den Preis für die Wahlunterstützung Schwans erhöhen. Ein *political animal* wie Lafontaine versucht bereits, aus der sozialdemokratischen Abhängigkeit Kapital zu schlagen, und ermuntert seine Partei, im ersten Wahlgang eine prominente Kandidatin wie Christa Wolf aufzustellen, um an das Abstimmungsverhalten im letzten Wahlgang weitergehende Forderungen zu knüpfen. Ungemach droht aus der eigenen Partei, nämlich eine Kampagne des linken SPD-Flügels gegen den Amtsinhaber, getreu der Primitivkeule: Hier der Mann des Neoliberalismus – da die Frau des sozialen Gewissens. Man muss kein Prophet sein, um für diesen Fall eine breite Sympathiewelle für den unfair attackierten Präsidenten vorauszusehen.

Ist damit die Schwan-Kandidatur schon halbwegs gescheitert, noch ehe sie sich als Aufbruchsignal für die Partei verstand? Sie scheint nicht nur strategisch, sondern auch inhaltlich fragwürdig angelegt zu sein. Die politische Landschaft in Deutschland braucht derzeit eher einen einfach formulierenden Anwalt des Volkes, der kein typischer Politiker ist, den Parteien mitunter die Meinung sagt und sich dabei augenzwinkernd mit dem Volk verständigt. So haben ihn vermutlich auch Kurt Beck und Peter Struck gesehen, als sie sich die Unterstützung einer Wiederwahl Köhlers durch die SPD vorstellen konnten. Gesine Schwan versteht sich dagegen als intellektuelle Brückenschlägerin oder Wahlverteidigerin der in Misskredit geratenen Parteienwelt. Kommt dieser gewiss läbliche Amtsanspruch nicht zur Unzeit? Wird damit nicht riskiert, dass die letzte stabile Institution in unserem Staate auch noch durch zu viel übergreifendes Verständnis angekratzt werden könnte? Schade für die präsidiable Kandidatin, und schlimm für die SPD, auch bei dieser Entscheidung nicht „nahe beim Volk“ zu sein.